

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelgenusspreis die Ausgabe. Colonietelle für Arbeitsgenosse 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seifenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wenige Inseraten-Aufnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 34.

Duisburg, den 19. August 1916.

17. Jahrgang.

Der Kaiser an die deutschen Arbeiter

Am zweiten Jahrestage der Kriegserklärung hat unser Kaiser sich in Aufrufen an das deutsche Volk, das Meer und an die deutsche Arbeiterschaft insbesondere gewandt. Der Aufruf an die deutschen Arbeiter lautet:

Ueber der unauslöschlichen Dankspflicht gegen unsere todesmütigen Kämpfer draußen werde ich und wird ganz Deutschland niemals derer vergessen, die in der Heimat in treuer Pflichterfüllung rastlos tätig waren und tätig sind, alle Streitmittel in vorbildlicher Vollkommenheit zu schaffen, die Meer und Marine zur Erfüllung ihrer gewaltigen Aufgaben Tag für Tag gebrauchen. Ich beauftrage Sie, Meinen und des Vaterlandes besonderen Dank allen denen auszusprechen, die in nimmer ruhender Geistesarbeit oder an der Werkbank, am Schmelzofen oder im tiefen Schacht ihr Bestes hergaben, um unsere Rüstung stahlhart und undurchdringlich zu erhalten. Gleicher Dank gebührt auch den tapferen Frauen, die dem Gebote der Stunde gehorchend, zu ihren in dieser Zeit wahrlich nicht leichten Frauenpflichten gern auch harte Männerarbeit auf sich nahmen. Sie alle dürfen mit Recht das stolze Bewußtsein in sich tragen an ihrem Teile mitgewirkt zu haben, wenn die Unfälle der Feinde vereitelt wurden und der Sieg auf unserer Seite war. Daß diese Männer und Frauen fortwährend werden, in der Zeit des schwersten Ringens mit dem bisher bezugten Opfermut und mit treuester Hingabe dem Vaterlande bis zum siegreichen Ende zu dienen, dessen bin ich gewiß.

Großes Hauptquartier, 1. August 1916.
Wilhelm.

Wenn es je Worte bedurft hätte, um den Wert der deutschen Arbeiterschaft auszudrücken, die Worte unseres Kaisers hätten es getan. Vor allen anderen erkennt er an, was die Heimatarmee in den Fabriken und besonders auch die deutsche Arbeiterfrau für ganz Deutschland geleistet hat. Die Arbeiterschaft wird sich der hohen Aufassung, die unser Kaiser von ihr hat, auch fernherin würdig erweisen.

Sie weiß, was für Deutschland auf dem Spiele steht, deshalb wird sie unermüdet schaffen und nicht rasten, damit unsere Brüder an der Front stark sind und bleiben. Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft! In dieser Einigkeit wird uns der Sieg.

Erhöhung der Steuerungsbeihilfe für die bayerischen Hüttenarbeiter

In Nr. 22/1916 unseres Verbandsorgans konnten wir von einer Erhöhung der Steuerungsbeihilfe der bayerischen Hüttenarbeiter berichten. Wir schrieben damals, daß die Neuregelung noch manche Härte an sich trage und daß es unsere Aufgabe sei, an dem Ausbau der Steuerungsbeihilfe mitzuarbeiten. In der Zwischenzeit waren wir nicht untätig. Mit Rücksicht auf die immer schwieriger werdende Lage der Arbeiter wurde von der Regierung eine Erhöhung der Beihilfe gefordert. Auch im Landtage wurde wieder eingehend darüber verhandelt. Man hat mit Wirkung vom 1. Juli d. J. die bayerische Staatsregierung wieder eine Erhöhung eintreten lassen. Hierbei wurde die Einkommensgrenze von 2400 auf 3000 Mark hinaufgesetzt. Die Sätze der Beihilfe wurden um 3 Mark pro Monat erhöht. Die Ledigen erhalten die Beihilfe, soweit ihr Durchschnittsverdienst pro Tag 4 Mark nicht übersteigt. Verdienen sie mehr, dann erhalten sie die Beihilfe nur, wenn sie Eltern, Großeltern oder Geschwister ganz oder vorwiegend unterhalten.

Verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 15 Jahren erhalten bei einem Durchschnittslohn von nicht über 8 Mark pro Monat 6 Mark, bei einem Verdienst von über 8, jedoch nicht über 10 Mark erhalten sie monatlich 3 Mark. Dasselbe gilt für verwitwete oder geschiedene Arbeiter und Arbeiterinnen. Verheiratete Arbeiter, die Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten haben, erhalten bei einem Tagesverdienst von nicht über 8 Mark bei 1 Kinde unter 15 Jahren monatlich 9 Mark, bei einem Tagesverdienst von über 8, jedoch nicht über 10 Mark, bei 1 Kinde monatlich 6 Mark. In beiden Fällen wird für jedes weitere Kind unter 15 Jahren monatlich 3 Mark mehr gezahlt. Diese Sätze gelten auch für verwitwete oder geschiedene Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten haben. Zu den Kindern zählen neben den ehelichen Kindern auch die übrigen von dem Arbeiter oder der Arbeiterin voll unterhaltenen Kinder (Stiefkinder, Adoptivkinder, uneheliche Kinder, ferner Pflegekinder, wenn deren Unterhalt ohne besondere Vergütung gewährt wird). Für Kinder, von denen bekannt ist, daß sie wegen körperlicher oder geistiger Schwächen erwerbsunfähig sind, wird die Beihilfe ohne Rücksicht auf das Lebensalter gewährt. Arbeiter, welche die Beihilfe zwar erhalten, bei denen aber wegen besonderer Verhältnisse, besonders wegen erhöhten Aufwandes für Berufsausbildung von Kindern über 15 Jahren, die Gewährung einer weiteren Beihilfe geboten ist,

können auf Ansuchen Unterstützung erhalten. Das wären die wesentlichen Neuerungen. Sie bedeuten immerhin einen Fortschritt, den die Arbeiter nur dem unermüdeten Drängen der Organisation zu verdanken haben. Möge diese Erkenntnis bei allen Staatsarbeitern und Arbeiterinnen Platz greifen und sie anspornen zur weiteren energischer, unermüdeten Arbeit zur Ausbreitung unseres Verbandes. Wenn die jetzige Neuregelung der Beihilfe noch unvollständig ist, so sind daran doch auch die Arbeiter selbst schuld. Nicht bei allen Metern oder Becken ist der richtige Geist zu verspüren, der zu erfolgreicher Verbandsarbeit unerlässlich ist. Man gerne verläßt man sich auf den Vater Staat, der helfen soll. Tritt diese Hilfe dann nicht oder ungenügend ein, dann wird kritisiert, anstatt organisiert. Da kann nur immer wieder gesagt werden, und die Erfahrungen bestätigen dies, die Staatsarbeiter haben einen Verband unbedingt notwendig, wenn ihre Lage nicht schlechter, sondern besser werden soll. Sie stehen einem Beamtenkörper gegenüber, gegen den der Einzelne nichts, aber auch gar nichts ausrichten kann. Sie haben ein Lohnsystem, dessen Verbesserung der Einzelne wieder nichts ausrichten kann. Da kann nur der Druck durch Geschlossenheit, durch die Organisation etwas erreichen. Der christliche Metallarbeiter-Verband ist stets für die bayerischen Hüttenarbeiter energisch eingetreten und Schritt für Schritt ist es vorwärts gegangen. Daß die Schritte verhältnismäßig klein geblieben sind, liegt nicht am Verband, sondern daran, daß nicht alle Arbeiter organisiert waren.

Bei der Neuregelung bedauerlich ist, daß fast alle während des Krieges eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht einbezogen wurden. Klar und deutlich haben wir dem Ministerium die Lage auch dieser Beschäftigten gezeichnet. Anscheinend hat dies auch gewirkt, denn in der amtlichen Bekanntmachung ist davon die Rede, daß diese nur vorübergehend Beschäftigten sich nicht schlechter stellen sollen, als die Stammarbeiter. Das wird überall nachzuprüfen sein. Auch für die Neueingestellten gilt, was wir für die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen gesagt haben: ohne Verband, ohne Opferbereitschaft, keine Besserstellung der wirtschaftlichen Lage. Sind dagegen die Arbeiter und Arbeiterinnen eines Werkes organisiert, herrscht dort ein kollegialer Geist, ist die Verbandsarbeit Sache jedes Einzelnen, dann läßt sich etwas erreichen. Darum bayerische Hüttenarbeiter, wie sich unsere Brüder auf allen Schlachtfeldern wacker schlagen, so wollen auch wir in der Heimat ringen und kämpfen für unsern Verband. Kämpfen jene um den Bestand unseres Vaterlandes, so kämpfen wir um ein freies, geordnetes Leben in demselben.

Bereins- und Versammlungsrecht

Sich zu vereinigen und zu versammeln ist ein Natur- und Grundrecht des Volkes. Die absoluten Herrscher über Leib und Eigentum ihrer Untertanen haben dieses Recht aufgehoben und beschränkt, ebenso wie die Gesetzgebung der modernen Kulturstaaten aus Ordnungszum oder aus Furcht vor Mißbrauch und politischen Rutschen. Ein freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Staatsangehörigen gehört zu den Fundamenten und Vorbedingungen des modernen Verfassungsstaates. Die deutsche Volksbewegung 1847/48 hat denn auch dieses Grundrecht erneuert gefordert und errungen. Das damals von den Regierungen und Fürsten in den verschiedenen Bundesstaaten zugegebene Vereins- und Versammlungsrecht gestattete den Bürgern und Einwohnern, sich ungehindert jederzeit zu versammeln und in Vereinen zu betätigen. In den Vereinsgesetzen oder Verfassungen von damals findet sich verschiedentlich der Satz: Das Recht der Versammlungen zur Beratung über allgemeine, politische oder Privatinteressen kann frei ausgeübt werden.

Als bald aber setzte der Rückschritt ein. Nach Wiederherstellung des Deutschen Bundesstaats 1850/51 wurde das Vereins- und Versammlungsrecht in den meisten deutschen Staaten eingeschränkt, die Bildung von Vereinen von polizeilicher Genehmigung, der Einreichung von Statuten und Mitgliederlisten, abhängig gemacht. Während in den süddeutschen Staaten Freiheit blieb, oder die verfassungsmäßigen Beschränkungen allmählich wieder abgebaut und gemildert wurden, hielten norddeutsche Staaten, namentlich Preußen und Sachsen, hartnäckig an den veralteten und lästigen Polizeivorschriften fest. Alle Klagen mußten nichts. Die nach einem zu Ungunsten der breiten Volksschichten gestaffelten Wahlrecht gewählten Parlamente wie auch die bundesstaatlichen Regierungen verweigerten.

Im Hinblick auf die Bestimmungen der Reichsverfassung, nach welcher das Vereinswesen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reiches untersteht, setzten nun hier Nejmehrbestrebungen ein. Zunächst wurde den Reichstagsmitgliedern zur Betreibung der Wahlen jedes Vereins- und Versammlungsrecht gestrichelt. Der § 17 des Reichstagswahlgesetzes jagt: „Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betreib der den Reichstag betreibenden Wahlberechtigten Vereine zu bilden und in geschlossenen Klößen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.“ Nach einer Periode der Ausnahmezustandsgesetzgebung, aus der heute noch ruhmhafte, gegen einzelne

Vollstrecke sich richtende Gesetzesreste traurig herübertragen, ward 1899 endlich wieder ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Schon 1896, bei Verabschiedung des 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches, hatte der Reichstag erneut den Versuch gemacht, das Vereinswesen reichsgesetzlich zu regeln. Das geschah, aber nicht eine Regelung des allgemeinen öffentlichen Rechts. Das B. G. B. regelt in seinen §§ 21 bis 79 nur die privatrechtliche Seite des Vereinsrechts, d. h. die Vereine als Träger privater Rechte und Pflichten. Der bereits ausgearbeitete und vom Reichstagsausschuß angenommene Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes fand deshalb in diesem großen Gesetzgebungswerk keine Aufnahme. Ein vom Zentrum, der Fortschrittspartei, den Sozialdemokraten und Bolen gestellter Antrag, das Verbindungsverbot für Vereine aufzuheben, fand mit 207 Stimmen gegen 53 Konservative Annahme und wurde Gesetz. Damit konnten nun inländische Vereine jeder Art miteinander in Verbindung treten. Weitergehende Bemühungen und Anträge der verschiedenen Parteien des Reichstags blieben jahrelang ergebnislos.

Endlich, am 9. März 1907, konnte der damalige Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, ankündigen, daß er damit beschäftigt sei, einen Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht auszuarbeiten. Dabei bezeichnete der Staatssekretär Bestimmungen des preussischen und solche anderer einzelstaatlicher Vereinsgesetze als veraltet und sprach von einer „Erbchaft aus dem Ritzzeug des alten Polizeistaates“. Man dürfe nicht glauben, daß gewisse Meinungen und Volksstimmungen durch die polizeilichen Vorschriften eines Vereinsrechts unterdrückt und totgemacht werden könnten.

Wenn der im November 1907 vorgelegte Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes nicht so freihändige Bestimmungen enthielt, wie man sie nach dieser Rede zu hoffen berechtigt war, so darf dem Grafen Posadowsky ein Vorwurf nicht gemacht werden. Seine Kreise, die immer zur Stelle sind, wenn es gilt, Volksrechte hintanzubehalten oder zu hintertreiben, hatten rechtzeitig den Bremsblock eingelegt und auch dem Grafen selbst ein Bein gestellt. Schon vor Vorlage des Gesetzentwurfes war der Graf im Parteigang gegangen und aus dem Werte geschieden.

Nach langen und erbitterten politischen und parlamentarischen Kämpfen kam das Reichsvereinsgesetz am 8. April 1908 zur Annahme im Reichstag. 195 Abgeordnete haben dafür, 168 haben dagegen gestimmt, weil sie den polizeilichen Beschränkungen, die es enthält, nicht zustimmen und das Gesetz erweitert wissen wollten. Es enthält zwar den Grundsatz der Vereins- und Versammlungs-freiheit, der aber durch die nachfolgenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes selbst, durch landesrechtliche Vorschriften und polizeiliche Befugnisse stark beeinträchtigt wird oder werden kann. Das Gesetz selbst enthält Ausnahmeregelungen gegen die fremdsprachlichen Volksteile und Arbeiter und gibt auch den Beamten und Staatsangestellten keine volle Vereins- und Versammlungs-freiheit. Entgegen allen Versuchen, hier klare Bahn zu schaffen, wurde angewendet: Die Behörde muß das Recht haben, ihre Beamten von Vereinen und Versammlungen fernzuhalten, deren Zwecke dem Wesen des Beamtentums widersprechen.

Beschränkt ist auch die Teilnahme der Jugendlichen. Der Regierungsentwurf ließ die Jugendlichen frei im Hinblick darauf, daß auf diese, auch ohne Vereine und Versammlungen, in Familie, Werkstatt, durch Druckschriften usw. politischer Einfluß ausgeübt werden könne. In den Motiven zum Gesetzentwurf wurde auch darauf hingewiesen, daß die Jugendlichen bei Beratung ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Interessen in Vereinen und Versammlungen nicht ausgeschlossen sein müsse. Die Begründung dafür ist übereinstimmend mit hergebrachten zur Motive zum bayerischen Vereinsgesetz vom Jahre 1898, das den Jugendlichen die Teilnahme an gewerkschaftlichen wie an öffentlichen Versammlungen, die den Berufs- und Standesinteressen dienen, ohne weiteres gestattete. Auf Drängen der Konservativen wurde im Reichsvereinsgesetz der einschränkende § 17 aufgenommen, welcher jagt: „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine ... noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

Die damals auch vom Schreiber dieses ausgeprochen Befürchtung, daß auch gewerkschaftliche Forderungen, Gewerkschaften und Versammlungen derselben als „politisch“ angesehen und so die im Wirtschaftsleben der Neuzeit eine so große Rolle spielenden jugendlichen Arbeiter zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft ferngehalten werden könnten, hat sich in einzelnen Teilen des Reiches, in den wiederholt genannten Bundesstaaten Preußen und Sachsen nur zu bald erfüllt. Die süddeutschen Staaten, Bayern an der Spitze, machten diese gewerkschaftsfeindliche Politik durch entsprechende Ausnahmeregelungen von vorneherein unmöglich. In der bayerischen Anweisung heißt es: „Gewerkschaftliche Vereine, die sich nur mit Berufs- und Standesfragen ihrer Mitglieder befassen, sind als politische Vereine nicht anzusehen. Gewerkschaftliche und andere Standesvereine sollen auch nicht polizeilich überwacht werden.“ Sodann wird in den bayerischen Vollzugsbe-

Stimmungen ausdrücklich gesagt: „Das Verbot des § 17 erstreckt sich weder auf gewerkschaftlich Vereine noch Gewerkschaftsversammlungen.“ In Württemberg ist die Regierungsveranweisung an die Vollzugsorgane noch deutlicher: „Die Teilnahme an gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen ist jugendlichen Personen auch unter 18 Jahren gestattet.“ Desgleichen bestimmte die badische Regierung.

Anders liegt die Sache in Preußen und Sachsen. Infolge Mangels ähnlicher Ausführungsbestimmungen und geküßt auf eine der Neuzeit unverständliche Rechtsprechung hat dort die Verwaltungspraxis Gewerkschaften als politische Vereine angesehen und behandelt. Dieses dem Willen des Gesetzgebers von 1908 widersprechende Verfahren fand im Reichstag wiederholt scharfe Rüge. Im Hinblick auf die segensreiche und loyale Tätigkeit der Gewerkschaften während des jetzigen Weltkrieges entschloß sich die Regierung zur gesetzlichen Abhilfe, um den Gewerkschaften auch im Norden die nötige Freiheit zu verschaffen. Das am 5. Juni 1916 mit großer Mehrheit angenommene Gesetz spricht nun das aus, was bisher in den süddeutschen Staaten schon Rechtens war. R. P.

Allgemeine Rundschau

Das wollen sie.

Sir H. Johnston ist ein hoher englischer Kolonialbeamter und dieser Mann verbreitet sich in einer der ersten englischen Zeitungen über die Kriegsziele, die auf nichts weiter als auf eine Verdrückung Deutschlands hinauslaufen: Er sagt:

Es ist klar, daß Österreich-Ungarn diesen Krieg nicht gewollt habe. Es wurde von Preußen hyprotisiert, gezwungen und bedroht und mußte in den Krieg ziehen. Die Mächte sollen deshalb die Donaumonarchie veranlassen, sich von Preußen zu trennen. Geschlecht dies, so soll sie wieder an die Spitze eines Deutschen Bundes treten. Die Bayern, Württemberger, Sachsen usw. können ebenfalls für diesen Plan gewonnen werden. Auf diese Weise kann das alte glorreiche Deutschland wieder auferstehen, — das Deutschland der Dichter und Denker.

Freilich möchte Österreich-Ungarn einige Gebietsabtretungen an Rumänien und Italien machen, Serbien und Montenegro wieder aufbauen und Galizien den Polen zurückgeben. Aber dafür würde Österreich und nicht der brennliche Keufel an der Spitze der deutschen Länder stehen. Selbstredend möchte Hannover ein unabhängiges Königreich, Hamburg eine freie Republik bilden.

Mit einem solchen Deutschland könnten die Engländer in Frieden und unter „brüderlichen Bedingungen“ leben und zusammen die Ziele des wahren Menschentums und den ewigen Frieden erreichen.

Man sieht, wie in England der Wind weht, wenn hohe Staatsbeamte sich schon so äußern. „Nieder mit Deutschland“ ist die Parole. Und trotzdem gibt es bei uns in Deutschland Gesellen in der Nähe der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die den Generalstreik proklamieren, damit weniger Munition erzeugt werden könne und Deutschland desto eher seinem Untergange entgegengehe. Rücksichtslos muß gegen diese Verräter vorgegangen werden. Die deutsche, denkende Arbeiterschaft weiß, wo ihr Platz ist, sie wird hinter ihren Brüdern stehen, die im Schützengraben liegen und für Deutschland in den Fabriken bis zum letzten Atemzuge kämpfen.

Wann zahlen wir den Sold?

Nicht nur bei den Karoffeln, die mit 10 Mark im August angelegt waren, sondern auch in anderen Lebensmitteln, z. B. Zucker. Wo aber ein großer Teil des Preisaufschlages bleibt, zeigt der Geschäftsbericht einer Zuckerfabrik.

Die Zuckerfabrik Wabern zahlt ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 29 Prozent. Außerdem erhalten die Aktienbesitzer für jeden Zentner Rüben 26 Pfg. nachgezahlt. Da in Mitteldeutschland Rübenbauern und Zuckeraktionäre vielfach ein und

dieselben Personen sind, berechnigt sich in diesem Maße auch Dividende und der nachgezählte Rübenpreis. Der Aussenstehende kann natürlich nicht erkennen, ob die Nachzahlung zu dem Zwecke gewährt worden ist, um die Dividende nicht allzu hoch erscheinen zu lassen. Ungefährte solcher Gewinne muß, wie der Kriegsausfluß für Konsummenteninteressen zutreffend bemerkt, mit aller Sorgfalt geprüft werden, ob der angeordneten Erhöhung der Rübenpreise um rund 50 Pfg. je Zentner neuer Ernte auch eine Erhöhung des Zuckerpreises zu folgen braucht. Die Gewinne der Zuckerindustrie lassen die Notwendigkeit bis heute keineswegs erkennen.

Die Zusatzrente

Die Zusatzversicherung ist mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung neu eingeführt worden. Sie soll den Ersatz für die vergeblich geforderten höheren Lohnklassen darstellen und erfolgt in der Weise, daß der Versicherte in die gewöhnlichen Quittungskarten Zusatzmarken in besterger Zahl und zu ihm passender Zeit einleibt. Berechtigt hierzu sind alle Versicherungspflichtigen und Versicherungsberechtigten, die im Besitze einer Quittungskarte sind. Durch das Ableben der Zusatzmarken erwirkt sich der Versicherte einen Anspruch auf Zusatzrente, die er bekommt, wenn er invalide im Sinne des Gesetzes ist. Der Wert einer Zusatzmarke, die der Versicherte einleibt, erhält er als jährliche Zusatzrente so viel mal 2 Pfg. als beim Eintritt der Invalidität Jahre seit Verwendung der Marken vergangen sind. Gezahlt werden die Jahre vom Kalenderjahr, in dem die Quittungskarte aufgerechnet wird, bis zu dem Zeitpunkt, zu welchem die Invalidität eingetreten ist. Es hat also jeder, der von der Zusatzversicherung Gebrauch macht, ein dringendes Interesse daran, daß jede Karte, die Marken enthält, vor Ablauf des Kalenderjahres aufgerechnet wird, weil ihm sonst bei Berechnung der Rente 1 Jahr verloren geht. Beispielsweise würde die Zusatzrente, wenn vom 25. Lebensjahr ab monatlich ein Zusatzbeitrag von 1 Mk. entrichtet wird und die Invalidität mit dem 56. Lebensjahr eintritt 119,04 Mk. betragen; wenn Invalidität mit 65 Jahren eintritt und bis dorthin keine Zusatzmarken mehr bemerkt worden sind, würde die Rente 186 Mk. ausmachen. Würde aber bis zum 65. Lebensjahre allmonatlich eine Zusatzmarke verwendet worden sein, dann belief sich die Zusatzrente auf 196,80 Mk. Sind z. B. 1915 500 Zusatzmarken auf einmal geklebt worden, so beträgt die Rente nach 20 Jahren 200 Mk., nach 30 Jahren 300 Mk.

Wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, wird die Versicherung erst dann vorteilhaft, wenn die Marken möglichst frühzeitig, also in jungen Jahren entrichtet werden und dann empfiehlt es sich, ziemlich viele Marken auf einmal zu kleben, denn je länger der Zeitpunkt der Markenentrichtung zurückgeht, desto höher wird die Rente.

Die Zusatzrente wird nur inbaliden Personen gewährt und zwar neben der Invalidenrente, wie auch neben der Alters- und Hinterbliebenenrente. Stirbt der Versicherte, ohne invalide geworden zu sein, dann verfallen die Zusatzbeiträge den Versicherungsanstalten.

Die Zusatzrente wird solange gezahlt, als Invalidität besteht; sobald also die Invalidenrente eingestellt wird, kommt auch die Zusatzrente zum Erlösche. Beträgt die Zusatzrente nicht mehr als 60 Mark, so wird auf Antrag eine einmalige Abfindung in der Höhe des Kapitalwertes gezahlt.

Deutsche Kulturarbeit

Was wir für die belgischen Arbeitslosen an Unterstützung auszuwenden, darüber gibt eine belgische Zeitung Aufschluß, welche schreibt:

Nach einer Statistik gab es bis zum 1. Juni 1916 in den von Deutschland besetzten Gebieten Belgiens gänzlich oder teilweise Arbeitslose: 666 913 Männer, 309 552 Frauen und 587 142 Kinder unter 16 Jahren. Auf Brüssel allein entfallen davon 69 072 Männer, 32 416 Frauen und 41 400 Kinder. Für Unterstützung der Arbeitslosen hat

man bis zu dem genannten Zeitpunkt im ganzen 146 551 604 Franken 48 Centimes bezahlt. Auf Brüssel und seine Vorstädte entfielen davon 14 425 280 Franken. Im Mai wurden für die Arbeitslosen im besetzten Belgien 11 981 675 Franken ausgeworfen (für den Bezirk Brüssel allein 1 078 500 Franken). An Familien, die durch den Krieg ihres Ernährers beraubt sind, wurden 120 311 148 Franken 27 Centimes verteilt. Auf Brüssel entfielen davon 14 086 040 Franken.

So handeln die „deutschen Barbaren“, die von England und Frankreich als „solche Tiere, Sonnen“, usw. geschildert werden. Nur ein Edelvolk wie das deutsche, ist dieser großen Friedenstaten fähig, auf die wir stolz sind.

Aus unseren Bruderverbänden

Der Gutenbergbund zählte, wie seinem Jahresbericht für 1915 zu entnehmen ist, am Schlusse des vergangenen Jahres 1490 Mitglieder, gegen 3440 zu Anfang des Jahres 1914. Welt über die Hälfte der Mitglieder sind zum Heeresdienst einberufen. 137 Mitglieder waren bis Ende 1915 als gefallen gemeldet. Die Klassenverhältnisse wurden durch den Mitgliederverlust zwar stark beeinträchtigt, zeigen aber trotzdem eine feste Grundlage der Organisation. Das Jahr 1914 schloß mit einem Vermögenstand von 572 904 Mk. ab, nachdem besonders infolge der hohen Arbeitslosenunterstützung 53 977 Mk. mehr ausgegeben als eingenommen wurden. Im Jahre 1915 ist das Verhältnis günstiger. Die Gesamteinnahme betrug 181 880 Mk., die Ausgaben 189 088 Mk. Davon entfielen allein auf das Unterstützungslohn 138 908 Mk. (1914 201 636 Mk.) und zwar Krankenunterstützung 21 057 Mk. (1914 41 669 Mk.), Arbeitslosenunterstützung 12 762 Mk. (107 493 Mk.), Unzulugshilfe 1125 Mk. (1335 Mk.), Sterbegeld 9700 Mk. (3630 Mk.), Invalidenunterstützung 18 243 Mk. (16 462 Mk.), Unterstützung für Kriegsfamilien 73 072 Mk. (28 894 Mk.), Ausbildungszwecke 2053 Mk. (1575 Mk.). Bis heute wurden allein für die Unterstützung von Kriegsfamilien und 150 000 Mk. verausgabt. Trotz der hohen Anforderungen ist es dem Gutenberg-Bund durch Sparsamkeit in der Verwaltung sowie durch Erhebung eines Extrabeitrages von 50 Pfg. möglich gelungen, die Mehrausgabe auf 8283 Mk. zu beschränken und mit einem Gesamtvermögen von 565 716 Mk. in das Jahr 1916 hinüberzugehen.

Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz

Der Weltkrieg hat auch unsere Bruderverbände in der Schweiz stark in Mitleidenschaft gezogen. Es ist das verständlich, weil auch in der Schweiz viele Mitglieder zu dem Fahnen gerufen worden sind. Etwas ausgeglichen wurden die Verluste wieder durch den Anschluß der Buchdrucker-Gewerkschaft an die christliche Gewerkschaftsbewegung. Dieser Verband, der bis dahin seine eigenen Wege ging, hat sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen, um dort einen besseren Rückhalt zu finden. Die Finanzverhältnisse der einzelnen Verbände waren Ende 1915 (in Franken) folgende:

Verband	Einnahmen	Ausgaben	Gesamtvermögen
Holzarbeiter	8 560,10	15 712,53	31 911,68
Metallarbeiter	3 002,64	3 231,57	13 094,38
Textilarbeiter	4 398,08	2 621,68	8 544,38
Bauarbeiter	1 517,14	1 470,10	7 280,74
Maler	2 853,77	2 310,08	16 887,98
Buchhändler	1 519,85	1 866,00	4 962,70
Bekleidungsbranche	1 806,76	1 271,30	2 979,91
Gemischte Berufe	1 387,25	1 745,92	2 171,52
Buchdrucker	8 241,37	10 025,72	30 000,00
Zusammen:	33 286,96	40 181,90	117 813,09

Einer Einnahme von 33 286,96 Fr. steht also eine Ausgabe von 40 181,90 Fr. gegenüber, während das Vermögen 117 813,09 Fr. beträgt. Für Unterstützungen wurden in den einzelnen Verbänden im Jahre 1915 ausgezahlt 19 746,05 Fr. Es sind das etwa 5000 Fr. weniger wie im Jahre vorher. Der Frieden wird hoffentlich auch dem

Unsere Helden

I

F. B. Es ist an einem Abend des Monats August im Jahre 1916. Die Tageshitze ist einer milden, angenehmen Kühle gewichen. Vom Lönhallengarten her klingen die Pfeifen eines feurigen Militärmarfes und laden die Passanten zu einem kurzen Aufenthalt.

Da mischt sich in die Musik lauter Gesang aus jugendlichen Männerkehlen. Und siehe, da biegen die Sängerehen von dem Königsplatz in die Straße, an ihrer Spitze ein selbiger Unteroffizier. Jeder der Sängerehen trägt ein kleines Bündchen, das ihren Träger als einen „Ausgehobenen“ in unseren Tagen so leicht erkennbar macht. Verwandte und Bekannte begleiten den Zug, der sich zum Bahnhof bewegt.

Fröhlich singend marschieren die Jungen vorwärts. Man sieht es an ihren blühenden Augen, an den lebhaften Bewegungen, mit denen sie Bekannte grüßen, daß sie nicht ungern diesen Weg gehen. Und ihre Lieder, die die Abschiedsworte aufnehmen und weit über die Straße tragen, sind dieselben, die erschollen, damals vor 2 Jahren, als die Mobilisierung erfolgte und die ersten Reservisten unsere Stadt verließen. Es sind die gleichen Lieder, die jene sangen, die denselben Weg gezogen sind, die im blutigen Feuer bekräftigten, was sie gesungen: Vaterlandsliebe... Treue zum Kaiser!

„Es braust ein Ruf wie Donnerhall.“ So singen unsere Jungen im Zuge. Es singen's, die mit der weißen Bräunermütze, die von der Schulbank in die Garnison ziehen, es singen's die Kaufleute und Arbeiter, die eben die Lehrtische hinter sich haben. Alle singen es: „Dem Kaiser Wilhelm haben wir's geschworen, dem Kaiser Wilhelm reißt die Hand.“

Zwei Jahre Krieg! Und noch immer nicht sind Deutschlands Reserven erschöpft! Zwei Jahre Krieg! Und noch immer zieht die deutsche Jugend begeistert an den Feind!

Auf dem Bahnhofe harret die Schar des Juges, der sie aus der Heimat in die ferne Garnison bringen soll. Man sieht war frohliche Gesichter bei den Bräuen. Sieht

keinen weicherzig auf die Seite treten. Wohl, daß eine besorgte Mutter, die vielleicht den letzten, von — ach — so vielen, hinausendet, voll Bangen in die Zukunft schaut. Vielleicht hat sie schon einen, vielleicht schon mehrere hingehen müssen, die nun in Feindesland dem jüngsten Tag entgegenstammern. Der Schmerz der Helddemutler sei uns heilig! Heilig auch der Feuerdrang, die heilige Glut, die nach zwei Jahren blutigen Kampfes noch so lichte Söhne an die Front senden kann. Wie sie warten auf den Zug! Wie unruhig sie der Anblick der weinenden Mutter und der besorgten Geschwister macht! Es ist, als ob sie sich dessen vor ihren Kameraden schämen.

Und wieder singen sie ihre Lieder. Doch jetzt mischt sich in diese auch ein Abschiedston, doch nicht schmerzlich empfunden. Nein, als ob man zu großen Taten hinauszieht. Das man's sehrnähig erwartet, von der Heimat scholle in die Weite zu fliegen mit Lust und Liebe, die ja die Hittide zu großen Taten sind. —

Jetzt fährt der Zug ein. Ein lautes Kommando des Transportführers und die Junglinge stürmen auf die Wagen zu.

Die Türen werden geklopft. Aus den Fenstern blicken sie die jugendlichen Körper heraus. — — — noch ein Säbelbruch, ein Fassen und Winken. — — — Dann ist der Zug in Bewegung. Aus den Wagen erschallt froher Gesang. Aus den verschiedenen angehängten Lieber schallt sich der eine brausende Sang: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“

So sind sie hinausgezogen unsere Jungen, singend und jubelnd, mit jugendlichem Feuer und Ueberchwang. Glückliches Deutschland! Daß nach zwei Jahren blutigem Krieg noch eine solche Jugend hinausenden kann!

II

Dortsin, an dem Ehrenfriedhofe am Waldestrande, wo unsere toten Helden ruhen, wandern in diesen Sommertagen viele hinaus. Wenn man diese Stätte betritt, dann umweht einen ein Hauch jener heilig-tiefen Stimmung, die jene besetzte, die nun hier ausruhen von schweren Kämpfen und blutigen Schlachten. Der heutige Heldegeist, der Jahrhunderte überdauert, ist heute wieder stark und lebendig geworden in den jungen Söhnen

der deutschen Erde. Deutscher Helddemut hatte sie hinausgeführt, für der Heimat Ehre und des Vaterlandes Ret gegen eine Welt von Feinden zu kämpfen. — Zwei Jahre sind nun verfloßen, seit der erste Held in diesem Weltkriege dahingefunken ist. Viele unserer Helden sind ihm seitdem gefolgt. Die Ehrenfriedhöfe lassen uns dies schmerzlich ahnen. Eine große Zahl heldenmütiger, im Kampfe gefallener Helden, hat hier ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Wenn wir die Gräberreihen durchschreiten, dann werden wieder lebendig vor unseren Augen die Tage des großen Mobilmachung und die Zeit der ersten Kämpfe. Helden aus den Schlachten in Belgien, Obern, Raubwege und Langemarck; aus den Tagen der Russeneinfälle in Ostpreußen ruhen hier friedlich aus. Ein einfach grauer Grabstein oder ein schlichtes Holzkreuz nennt die Namen. Unsere Zeit kennt sie, hat sie tief eingeschrieben in unsere Herzen. Unsere Zeitgenossen gehen nicht teilnahmslos an den Gräbern vorüber, denn jeder von uns leidet mit hat gelitten.

Einer liegt dort, dessen Name uns Heimat unbekannt geblieben ist, der als Sterbender vom Schlachtfeld in unsere Stadt gekommen und unerkannt hinübergeführt wurde. Auch dieses Helden begraben wir nicht. Und sein Grab schmücken Sommerblumen, das Grab des namenlosen-Unbekannten. . . .

Allen denen, die da teilgenommen an dem weltlichen schicksaligen Klingen, hat die Gegenwart vieles zu danken, und auch die Nachwelt wird sie nicht vergessen. Wenn aus dem Blute dieser Helden eine neue Zeit, eine Zeit des Friedens und der Ruhe hervorgegangen ist, wenn die nach uns kommen, in dem von den Vätern erkämpften freien Deutschland die Früchte dieses blutigen Krieges genießen, dann noch werden sie mit Bewunderung und Dankbarkeit von denen reden, die im Kampfe um Deutschlands Sein und Größe auf blutiger Wühlstatt als Helden gekämpft und dahingefunken sind. Und wie einst dem Miterlebten dieser großen Zeit, wird auch ihnen der Ruhort der toten Helden sein ein Ehrenmal und eine heilig-teure Stätte, kündend von einer großen heldigen Vaterlandsiebe und einer Treue bis zum Tode für alle Zeiten.

schwererlichen christlichen Gewerkschaften einen starken Aufschwung bringen, damit auch dort die Arbeiterinteressen immer besser wahrgenommen werden können.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. August der vierunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis zum 26. August fällig.

Wir ersuchen unsere Kollegen im Felde, sowie die Frauen unserer Kollegen, jede Adressänderung sofort ihrer betreffenden Ortsverwaltung mitzutellen, damit die Ortsgruppe in steter Verbindung mit ihnen bleiben kann.

Trotz wiederholter Aufforderung haben nachstehende Verwaltungsstellen den monatlichen Fragebogen und die Blätter zur Reichs-Arbeitslosenstatistik für Monat Juli nicht eingesandt: Albstadt, Dingelstädt, Dillmen, Freiburg, Kaiserlautern, Regnis, Sarstedt, Schramberg, Stettin. Die betreffenden Vorstände werden hierdurch nochmals an ihre Verpflichtung zur monatlichen Berichterstattung erinnert.

Aus dem Verbandsgebiet

Düffeldorf. In zwei Miesenversammlungen (Tag- und Nachtsicht) abgehalten im Kaiseraal der städtischen Tonhalle, gefüllt bis zum letzten Platz der zweiten Gallerie, beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rheinischen Metallwarenfabrik mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen, sowie der in fast allen Abteilungen herrschenden Meisterwirtschaft. Gleichzeitig sollten die für die Arbeiterschaft der Rathen Werke bewilligten Teuerungszulagen und Kinderzulagen auch für die Arbeiterschaft der Derendorfer Werke beantragt werden. Die Lohnverhältnisse sind nicht einheitlich geregelt. Jedem Meister und Abteilungschef ist ein großer Spielraum gelassen. So versucht der eine von der Tagssicht noch besser und billiger zu produzieren, als dies von dem von der Nachtsicht möglich ist. Dieser Konkurrenzkampf wird auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt. Man besserte die Löhne der Lohnarbeiter im Frühjahr auf Anregung zahlreicher Betriebsversammlungen und der hier gewählten Kommissionen von 3 bis 15 Pfg. auf. Ganz nach Gunst und Laune des Vorgesetzten. In einer ganzen Reihe von Abteilungen wie im Kleingehäuse- und Rinderbau erhielten die meisten Arbeiter nichts. Dies lag mit an der „Schlupfenrauberei“ dieser Arbeiter, die nicht den Mut fanden vorzugehen, geschweige sich der Organisation anzuschließen. Sie hoffen auf den Werkverein der doch gar nicht zu diesem Zweck gegründet worden ist. Dann würde die Werkleitung kein Interesse an dieser Einrichtung mehr haben. Den Affordarbeitern wurde auf Drängen der organisierten Kollegen ein höherer Affordverdienst zugewilligt, jedoch nicht durch erhöhte Affordsätze, sondern durch ungewöhnlich starke Leistungsanspannung und Überstunden. So sind bis zu 480 Stunden Arbeitszeit im Monat geleistet worden. Erst wenn neben den Verdienst des Affordarbeiters in jetziger Kriegszeit die geleistete Arbeitszeit fest wird, ergibt sich ein zutreffenderes Bild über den wirklichen Verdienst pro Arbeitsstunde. Leider vergessen dieses so viele und dadurch entstehen die falschen Vorstellungen über die Höhe und die Wichtigkeit des Verdienstes der Affordarbeiter. Dem stehen die unzureichenden Verdienste der Lohnarbeiter gegenüber. Dasselbe ist bei den Arbeiterinnen der Fall, die auf der „Germania“ etwa 30 Pfg. die Stunde verdienen. Eine durchaus unzureichende Bezahlung gegenüber den Miesengewinnen dieses Werkes in jetziger Kriegszeit. Daher ist mehr Einheitlichkeit zu Gunsten schlecht entlohnter Arbeiter und Arbeiterinnen zu fordern. Deren Verdienst muß sich mehr der hier herr-

schenden teuren Lebenshaltung anpassen. Desweiteren ist es ein Skandal, wenn auf den Werken einmal Lebensmittel zu haben sind, und die Beamten sorgen zunächst für sich. So sind Eier verkauft worden. Es haben jedoch nur wenige Arbeiter hiervon welche bekommen, dagegen sind Vorgefeste vorhanden, die sich bis zu 100 Stück haben nach Hause bringen lassen. Damit ist so recht der Ehrgeiz dieser Schichten zum Ausdruck gekommen. Scharf wurde ein solches Verhalten in jetziger Zeit in diesen Versammlungen gerügt unter Zustimmung der gewaltigen Menschenmasse, die erschienen war. Neben dem jetzigen Verdienst kann die Werkleitung der Derendorfer Werke ihrer Arbeiterschaft sehr gut jene Zulagen bewilligen, die den Arbeitern in Rathen auf ihr geschlossenes Vorgehen bewilligt worden sind. Diese erhalten 10 Pfg. bis 300 Mark und 5 Pfg. über 300 Mark Teuerungszulage pro Arbeitsstunde und Monatsverdienst. Daneben eine Kinderzulage von 8 Mark für das erste und 4 Mark für jedes weitere Kind im Monat bis zum Alter von 14 Jahren einschließl. Aus allen diesen Gründen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 14. 7. und am 17. 7. im Kaiseraal der Städtischen Tonhalle tagende, äußerst stark besuchte Versammlung der Arbeiter der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Referenten.

Die Versammlung konstatiert, daß sich diese Ausführungen mit den tatsächlichen Verhältnissen im Werke decken.

Die Erhöhung der Löhne in den einzelnen Abteilungen ist sehr verschieden und läßt einheitliche Gesichtspunkte vermissen. Viele Arbeiter haben nur eine geringe Lohnerhöhung bekommen, während andere nichts erhielten. Diese leiden nach wie vor schwer unter der Teuerung, wodurch ihre Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt wird.

Die Versammlung ersucht daher die Direktion, einer Regelung und Erhöhung der Löhne nach einheitlichen Gesichtspunkten erneut näher zu treten.

Ferner weist sie darauf hin, daß in den Rathen Werken eine allgemeine fortlaufende Teuerungszulage mit abgestuften Sätzen für die Kinder bewilligt wurde.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß auch in Derendorf nach denselben Grundätzen eine Teuerungszulage bewilligt wird. Da das Werk hierzu finanziell in der Lage ist, hofft sie, daß die Direktion den Wünschen der Arbeiterschaft entspricht.“

Mit einem Begleitschreiben versehen, wurde seitens der drei Metallarbeiterorganisationen diese Resolution der Firma eingeschrieben zugesandt. Es ist dann folgender Anschlag veröffentlicht worden:

„Auf Eingabe des „Werkvereins“ hat der Vorstand beschlossen, daß an sämtliche verheirateten Arbeiter bezw. Arbeiterinnen eine Teuerungszulage für Kinder unter 14 Jahren ausbezahlt werden soll. Als Nachweis für die Richtigkeit der Angaben der Arbeiterinnen und Arbeiter über die Zahl der Kinder unter 14 Jahren muß seitens derselben entweder das vom Standesamt ausgestellte Familienbuch oder ein sonstiger schriftlicher Nachweis des Standesamts beigebracht werden. Der Auszahlungstermin wird noch später bekannt gegeben werden.“

Wie stets, so bemühen in der ganzen Kriegszeit die Gewerkschaften sich um die Interessen der Metallarbeiter. Ueberall hat die Arbeiterschaft bewiesen, daß sie diese Arbeit zu würdigen weiß. Wenn viele immer noch von dem Beitritt zur Organisation ihrer Ueberzeugung abgehalten werden, so sind es andere Gründe. Nun versucht, nachdem die Werkleitung der „Rheinischen“ auch etwas zu tun gezwungen ist, diese ihrem „Werkverein“ zuzuschreiben. Seitens der Arbeiterschaft wird dieses Manöver durchschaut. Man erzählt sich im Werke, daß es der Werkvereinsleitung nahe gelegt sei, die Eingabe zu machen, damit den Gewerk-

schaften den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das ist und wird nicht gelingen. Da wir jedoch erst einen Teil erreicht haben, auch Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen wünschen, dieses der einmütige Beschluß zweier Miesenversammlungen ist, so werden die beauftragten Organisationsleitungen die Angelegenheit weiter verfolgen und wird in ähnlichen Versammlungen wieder Stellung dazu genommen werden müssen. Die Arbeiter wissen, woran sie sind. Sie werden, gezwungen durch die Verhältnisse, ihre wirklichen Interessen in einer unabhängig vom Werke bestehenden Organisation — das ist der christliche Metallarbeiterverband — zu vertreten wissen. Daher stärkt die Reihen organisierter Berufskollegen durch euren Beitritt.

Offen. Die am Sonntag, den 30. Juli im Gesellenhaus stattfindende Generalversammlung unserer Essener Ortsverwaltung erfreute sich eines recht guten Besuches. Galt es doch sowohl einen Ueberblick über das verlossene 2. Quartal des laufenden Jahres zu geben, wie auch eine allgemeine Betrachtung am Ende des zweiten Kriegsjahres anzustellen. Nachdem die zahlreich erschienenen Kollegen der Gefangenschaft unserer Essener Ortsverwaltung einleitend auf die Bedeutung der Zeit entsprechende Chorleiter in äußerst wirkungsvoller und ergalter Weise vorgetragen hatte, konnte der Kollege Strunk neben unserem Kollegen, Reichs- und Landtagsabgeordneten Giesberts auch unseren Verbandsvorsitzenden Koll. Wietze begrüßen. Aus dem vom Koll. Strunk erstatteten Quartalsbericht des 2. Quartals, ist hervorzuheben, daß die Entwicklung im letzten Quartal eine ziemlich günstige zu nennen ist. Bei 387 Aufnahmen konnte die Mitgliederzahl im 2. Quartal um 217 gesteigert werden. Es wurde nicht nur der Abgang durch Eintritt zum Militär und Abreise ausgeglichen, sondern auch eine weitere Erhöhung des Mitgliederbestandes erzielt. Das 2. Quartal stand im Zeichen lebhafter Bewegung und Agitation. In 85 Versammlungen und Sitzungen wurden neben inneren Verbandsangelegenheiten, vornehmlich die Lohn-, Arbeits- und Teuerungszulagen beraten und besprochen und im Verfolg der Beratungen durch gemeinsame Eingaben, persönliche Vorstellungsverben der Kollegen bei den fraglichen Instanzen etc. sowohl in zahlreichen Betrieben bei der Firma Krupp, wie auch anderswo, auf Verbiensterhöhungen, Teuerungszulagen etc. hingewirkt, wie auch Affordabzüge abzuwehren sucht. Wenn auch alle Arbeiten nicht ganz erfolgreich waren, so konnten doch ansehnliche Teilerfolge erzielt werden, die zweifellos noch größer gewesen wären, wenn auch die Essener Metallarbeiter in noch zahlreicherer Weise den gewerkschaftlichen Anschluß gefunden hätte. Dem Bericht ist weiter zu entnehmen, daß die finanzielle Entwicklung ebenfalls eine gute war. Die Einnahmen aus Marken betragen 20 610,10 Mk. und an die Zentrale konnten nach Zahlung der Ausgaben für die Zentrale 12 786,00 Mk. abgeführt werden. Der Markendurchschnitt betrug 11,6 und ist gegen das 1. Quartal um 0,4 zurückgegangen, was auf die vornehmlich zu Ende des Quartals erfolgte Mitgliedersteigerung zurückzuführen ist. Auch die Lokalkasse hat eine günstige Entwicklung zu verzeichnen und liegt der Bestand im Quartal wieder um rund 600 Mark und beträgt 3 997,50 Mk. Die Zahl der zum Militär eingezogenen Kollegen betrug am Schlusse des zweiten Kriegsjahres 1043, einschließlich der früheren Rekruten 1225, wovon bis Ende 87 gefallen und 97 wieder zurückgekommen sind, so daß die Zahl der am 17. in Kriegsdiensten stehenden Kollegen 1041 beträgt. Zum Schluß seines Berichtes, betonte der Kollege Strunk noch, daß die Entwicklung noch wesentlich besser hätte sein können, wenn sich eine größere Zahl Kollegen etwas energischer an der Werbearbeit beteiligt hätten und müsse das begonnene 3. Quartal in noch stärkerer Weise ausgenutzt werden, wobei die Kollegen gegenseitig unterstützen müßten. In der Aussprache wurden vornehmlich verschiedene Fragen der Lebensmittel- und sonstigen Versorgung angeschnitten, aber die der Kollege Koll. Klost näherer Aufschlüsse

Selbstgenügsamkeit oder Welthandel

F. A. B. Englische und amerikanische Zeitungen wetteifern in der Besprechung der zukünftigen Wirtschaftsgestaltung ihrer Länder und der Weltwirtschaft. In der amerikanischen Wirtschaftsliteratur kann man deutlich zwei Richtungen erkennen: Die eine erstrebt wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande, die andere möglichsie Anknüpfung des Weltmarktes. Eindeutiger äußern sich die englischen Stimmen: Sie wollen Entfaltung und Weiterbildung ihres Welthandels und ihrer Geldvormachtstellung. Sowohl die Schriftsteller in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, als auch die in England sind ernstlich um die Friedensbereitschaft besorgt. Sie besprechen die heutige Lage und zeigen, wie man sich zweckmäßiger Weise auf die zukünftige Friedenswirtschaft vorbereiten. Die englischen Auslassungen richten sich besonders gegen die deutschen Konkurrenten. Der deutsche Fleiß, Wagemut und das planvolle Vorgehen wird gelobt; die Erfolge dieser Tätigkeit werden außerordentlich herausgehoben. Die Hauptanwendung ergibt sich von selber: Englische Landrente, wachst auf, seid auf der Hut und überflügelt die Teutonen! Grabt ihnen das Wasser ab und leitet es auf eure Mühlen!

Es ist nicht gerade erhehend, dieses fast nur von Gewinnstreben eingeebnete Gebaren zu verfolgen. Von Ausnahmen abgesehen, sind es persönlich interessierte Erwerbsmenschen, die alle anderen verdrängen möchten, die nur an sich und ihren Geldbeutel denken. Sie haben nicht so sehr das Gemeinwohl ihres Landes im Auge, desto mehr aber ihr eigenes. In diesem Sinne reden und schreiben sie. Wer also volkswirtschaftliche Erkenntnisse in solchen Darlegungen sucht, muß enttäuscht werden. Solche Auslassungen gehen zwar unter der Adresse volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten, in Wirklichkeit sind sie aber nichts anderes als Vorschläge zur Bekämpfung einer unliebsamen Konkurrenz. Gerade deshalb sind sie beachtenswert; denn sie mahnen eben diese Konkurrenz, auf alle Maßnahmen des anderen bedacht zu sein, seine Kräfte und sein Können aufs beste durchzubilden und anzuspannen.

Auch bei uns wird über die Neugestaltung viel geredet und geschrieben. Einige wollen, daß wir unsere volkswirtschaftlichen Beziehungen stark einschränken, andere möchten den Ausbau in der Weltwirtschaft und eine andere Gruppe glaubt, den zukünftigen Verwicklungen durch einen engen Zusammenhalt Österreich-Ungarns und Deutschlands vorzubeugen zu können. Zwischen der englischen und deut-

schere literarischen Literatur ist aber ein unbestreitbarer Unterschied. Unsere Vorkämpfer für die wirtschaftliche Neugestaltung stehen über der Sache, sie wollen die Konkurrenz nicht totmachen, sondern auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Sichtung nach dem besten Wege suchen, der zur Festigung und Stärkung der heimischen Volkswirtschaft führt. So sehr sie auch im einzelnen von einander abweichen, ihr Ziel ist: Gefahren vorbeugen, Sicherung und Festigung.

Die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist das unverrückbare Ziel der zukünftigen Friedenswirtschaft. Aber hier schon trennen sich die Geister. Was heißt: ausreichende Versorgung mit Rohstoffen? Soll damit die Masse gemeint sein, die wir für unseren eigenen Bedarf brauchen, oder auch die Einfuhr, die wir hier aufarbeiten und dann wieder ins Ausland senden? Professor Jaffe vertritt da die Ansicht, daß wir nicht einfach produzieren sollen, um Gewinne zu erzielen, sondern national richtiger sei: Brauchbarkeiten für den heimischen Bedarf zu schaffen. Er stellt sich hier in einem Gegensatz zu der englischen klassischen Nationalökonomie. Diese lehrt: Im billigsten Marke kaufen und im teuersten verkaufen. Diese Lehre sei wohl im Interesse von Fabrikanten und Händlern, nicht aber zum Wohle der Verbraucher. Es wird danach nicht erzeugt, was vernünftig auf dem Weltmarkt getauscht wird. Der heimische Verbraucher aber will: Brauchbarkeiten, Zweckmäßiges, Nützliches. In solchen Fällen, wo eben nur produziert wird, um einen möglichst hohen Ueberfluß über die Herstellungskosten zu erzielen. (ganz losgelöst von der Brauchbarkeit der Gegenstände und von dem Verbrauch und Aufwand an Menschkraft), da findet eine nationalwirtschaftlich unvernünftige Produktion statt.

Man darf eben nicht, wie dies so häufig geschieht, die Privatwirtschaft mit der Volkswirtschaft verwechseln. Was zum Vorteil der Privatwirtschaft ist, kann sehr zum Nachteil der Volkswirtschaft sein. Das Wohl des Händlers geht meistens auf Kosten der Verbraucher. Einzelne werden reich, viele müssen dafür darben. Man sagt zwar und es ist auch richtig: in der Volkswirtschaft bleibt das Geld allemal, ob es ein Händler oder viele einzelne Verbraucher haben. Aber nicht einerlei ist es, ob sich in verhältnismäßig wenig Händen Reichtum ansammelt oder ob den Massen des Volkes ein gewisser Wohlstand möglich ist. Etwas in diesem Sinne glaubt Jaffe, daß wir eine Neuorientierung nötig hätten. Er spricht damit nur das aus, was auch schon andere gesagt haben: Wir brauchen eine Produktion, die auf den wirklich vorhandenen Bedarf

ingerichtet ist und die nicht rein spekulativ für den Weltmarkt produziert. Die Brauchbarkeit und Nützlichkeit muß neben der Dringlichkeit des Bedarfs die erste Rolle spielen. Nach Frichte: Das Entbehrliche ist überall dem Unentbehrlichen nachzusetzen. Erst sollen alle satt werden, ehe jemand seine Wohnung verzieret und sich prächtig kleidet. Ehe Lurusgüter, Lurusgetränke hergestellt werden, muß der dringlichste Bedarf befriedigt sein.

Es ist üblich geworden, den wirtschaftlichen Aufschwung an der Hand der Handelsstatistik nachzuweisen. Daran ist nicht im geringsten zu zweifeln, daß der Aufschwung groß und bedeutend ist und daß er im allgemeinen von einer ungeheuren Kraftentfaltung zeugt. Es steht in diesen Zahlen eine Unsumme von hervorragender Unternehmungslust, von großem Konnectiv- und von Fähigkeitshergelichten, Industrielle und kaufmännische Talente haben die besten Proben von Tatkraft abgelegt. Und doch darf man darüber nicht vergessen, daß die erzielten Ueberflüsse, die in die heimische Volkswirtschaft geflossen sind, durchaus nicht immer reiner Volkereichtum im Sinne von Volkswohlstand geworden sind. Das meinte Jaffe wohl, als er daran erinnerte, daß die Höhe der Einfuhr- und Ausfuhrzahlen eines Landes vielleicht ein Maßstab für die Gewinnmasse der Kaufleute, nicht aber notwendigerweise auch für den wirtschaftlichen Reichtum eines Volkes ist, daß Nationen, die wenig ein- und ausführen, wirtschaftlich günstiger dastehen können als solche, deren Handelsstatistik ungeheure Umsätze zeigt. Die Kriegsergebnisse hätten hierin wieder Klarheit geschaffen. In der Erwerbsbegeisterung hätte man vergessen, daß das Ziel aller Wirtschaft nicht die Schaffung von Gewinnen, sondern von Brauchbarkeiten ist. Es käme also nicht so sehr darauf an, daß ein Volk viel Geld oder Wertpapiere besitze, sondern daß es Dinge habe, mit denen es sich leisten, ernähren usw. könne. „Sonn müßten wir ja auch glauben, daß wir als Volk nie reicher gewesen wären als heute, wenn es wahrlich an Geld nicht mangelte und unser Besitz an Wertpapieren um so größer wird, je mehr Schulden das Reich in Form von Kriegsanleihe aufnimmt.“ Jaffe hat Jaffe sicher recht: „Das Ziel aller Wirtschaftspolitik ist ebenjowenig ein möglichst großer Ueberfluß der Einfuhr über die Einfuhr, noch auch eine möglichst hohe Gesamtzahl von Einfuhr und Ausfuhr, sondern die ausreichende Versorgung jedes einzelnen mit den zum Leben nötigen Gebrauchswerten.“

(Schluß folgt.)

gab. Sodann nahm der Kollege Giesberts das Wort zu dem vorgesehenen Vortrag: Deutschland im 3. Kriegsjahr. Ausgehend von dem gegenwärtigen militärischen Stand und dem bisherigen Ergebnis des Krieges würdigte er zunächst in warmen Worten das unermesslich hohe Verdienst unserer Truppen, die uns den Feind aus dem Lande gehalten haben, wodurch uns so enorm hohe und wichtige Werte in den 2 Kriegsjahren erhalten worden sind. Nach Darlegung der ausgesprochenen Absichten unserer Feinde sprach er sodann die sich ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, schildert dann in längeren Ausführungen die bisherige Handhabung der Lebensmittelversorgung, und behauptet, daß die Regierungsstellen wiederholt versagt haben; es habe der geniale Mann gefehlt, der mit starker Hand eingegriffen hätte. Gewiß wären die Regierungsstellen auf den Krieg nicht vorbereitet gewesen und hätten plötzlich vor neuen, ungewohnt schweren Aufgaben gestanden. War es denn bei unserer Heeresleitung anders? Auch unser Heer sei auf den Krieg nicht gefaßt gewesen und unsere geniale Heeresleitung und bewunderungswürdigen Truppen hätten trotzdem ihre Aufgabe so glänzend gelöst. Sodann warf er einen Blick ins 3. Kriegsjahr und erklärte bezüglich der Frage der Kriegsziele, er halte es für zweckmäßig den dritten Jahrestag des Kriegsausbruches nicht dazu zu benutzen, sich in überflüssiger und unnützer Weise über diese vielfach unerlösten Kriegsziele die Köpfe zu zerbrechen, daß wir an diesem denkwürdigen Tage vielmehr dem deutschen Volke mit Nachdruck einschärfen, warum wir durchhalten müssen, und um was wir kämpfen. Wir dürfen nicht schlapp werden, und vor allen Dingen nicht jetzt, wo die Kriegsergebnisse der Entscheidung entgegenreifen. Ueber die Kriegsziele zu reden, wird es dann Zeit und Gelegenheit sein, wenn wir erst einmal den Sieg errungen haben. Wer anders handele, der bringe unserem deutschen Volke gefährliche Illusionen bei. Man dürfe überzeugt sein, daß wir uns auf keinen Fall mit dem begnügen werden, was wir vor dem Kriege besaßen. Wie der Reichskanzler schon ausgeführt habe, müssen wir uns diejenigen Eckpunkte sichern, die uns vor einem solchen Ueberfall unserer Feinde, wie wir ihn jetzt erlebt haben für alle Zeiten sichern werden. Zum Schluß seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß unser Volk und nicht zuletzt der Arbeiterstand den Krieg mitgewinnen helfe. Der Krieg habe die Idee der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und speziell der christlichen Gewerkschaftsbewegung als berechtigt erwiesen. Nichts sei geschehen, was die Bewegung zum Umlernen gezwungen habe. Nach dem Kriege gäbe es auch Friedensziele in gewerkschaftlicher, freiwirtschaftlicher und geberlicher Beziehung zu lösen. Unser Volk sei es, das diesen Krieg gewinne, weshalb auch nach dem Kriege unser Volk als das zu gelten habe, was es geleistet hat. Beifälliger Beifall folgte dem Vortrage, dem die Anwesenden mit großem Interesse gefolgt waren. Nach einigen weiteren Vorträgen der Gesangsabteilung richtete der Verbandsvorsitzende, Rull W i e b e r, anknüpfend an die Worte Giesberts noch einige besonders interessante und anspornende Worte an die Versammlung, wobei er auch an die Vergangenheit der Essener christlich-sozialen Bewegung erinnerte und die Kollegen darauf hinwies, ein welch' hohes Erbtteil sie auch künftighin zu bewahren und verteidigen hätten, wozu sie sich durch eine starke Gewerkschaftsbewegung und besonders durch einen starken christlichen Metallarbeiterverband das nötige Maßopfer verschaffen müßten.

Menden. Am 5. August fand hier eine allgemeine Werksstättenversammlung der Arbeiter sämtlicher Betriebe statt, die sich mit der gegenwärtigen Lernerung und den Wünschen der Arbeiter beschäftigte. Kollege Steinmader hatte das erste Referat und führte ungefähr folgendes aus: Als in den Augusttagen von 1914 das deutsche Volk von seinen Feinden überfallen wurde, da konnten wir das erleben, daß für uns Deutsche allzeit ehrende Schauspiel erleben, daß sich das deutsche Volk einig wurde und wie ein Mann aufstand. Millionen deutscher Jünglinge und Millionen deutscher Männer, die ihre Familien zu Hause lassen mußten, zogen hinaus um sich den Feinden entgegenzusetzen. Glänzende Siege wurden errungen und weiter werden unsere Braven draußen an den Fronten fest und durchhalten bis zum guten Schluß. Auch wir Arbeiter hinter der Front, im wirtschaftlichen Schützengraben wissen, daß unser Vaterland Sieger bleiben muß. Wir wissen, daß auch der Arbeiterstand mit seinem Vaterlande steht und fällt. Und so wollen auch wir heute das Gelübnis erneuern, fest und durchhalten bis zum siegreichen Ende. Aber das feste Gelübnis muß der beste gute Wille allein vermögen das Durchhalten nicht zu erzielen. So wie unser Vaterland Geld haben muß, um den uns aufgedrungenen Krieg überhaupt führen zu können und so wie unsere Heeresverwaltung Soldaten und Munition haben muß, um Schlachten zu schlagen, so benötigen wir hinter der Front ein genügendes Auskommen, einen auskömmlichen Lohn um durchzuhalten. Unsere Lebensmittelpreise sind um durchschnittlich 80 bis 100 Prozent gestiegen. Kaufmännisch gerechnet müßte somit auch der Lohn des Arbeiters um mindestens 100 bis 120 Prozent steigen. Ebenjagut wie ein industrielles Unternehmen Rücklagen machen muß, ist auch die Arbeiterfamilie gezwungen, für die Lage der Not und Strauchheit ein Rücklage-Konto zu schaffen. Wenn man nun demgegenüber die Löhne vieler Arbeiter betrachtet, die eine Höhe von 3,50 Mark und 4 Mark nicht übersteigen, so ist es rätselhaft, wie diese Familien durchhalten können. Löhne unter 5 Mark sind in Menden keine Seltenheiten und da ist es sich die Arbeiterschaft doch wohl selbst und auch dem Vaterlande schuldig, an die Arbeitgeber heranzutreten um eine Lohnerhöhung zu fordern. Es ist dieses auch deshalb schon durchaus berechtigt, weil die Unternehmer meistens Heeresaufträge anfertigen und dabei sehr gut verdient haben, sodaß sie sehr wohl in die Lage wären, die Löhne um 15 oder 20 Prozent zu erhöhen. Die Organisationen, von denen Vertreter anwesend sind, sind bereit, der Arbeiterschaft in ihrer Lohnforderung beizustehen. Es muß aber unter allen Umständen von der Arbeiterschaft verlangt werden, daß sie sich einig wird und der Organisation anschließt, weil erst dann gute Erfolge erzielt werden können. Selbst aber die unorganisierte Arbeiterschaft ab, dann lehnt es die Organisation ab, für diese auch nur einen Finger krumm zu machen. Nur bei solchen Betrieben und Abteilungen, wo die Löhne vergrößert sind, werden die Lohnforderungen stattgegeben. Es ist deshalb zunächst Pflicht der organisierten Arbeiterschaft dieses den indifferenten Ar-

beitern mitzutellen und diese bewegen, der Organisation beizutreten. Als zweiter Redner sprach der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Spiegel. Auch er kam zu dem Schluß, daß eine Lohnerhöhung notwendig sei und daß erst dann etwas geschehen könne, wenn die Arbeiter geschlossen organisiert seien. Nachdem auch der Sekretär Bongers vom Gewerksverein die Ausführungen der beiden Redner unterstrichen hatte, wurde in die Diskussion eingetreten. Die Diskussionsredner sprachen sich alle für eine Lohnerhöhung und für deren Notwendigkeit aus. Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen.



Den Heldentod

im Kampfe für das Vaterland starben folgende Kollegen:

Christian Peters, Aachen
Martin Hoffmann, Amberg
Friedr. Dierscheidt, Boch.-Riemke
Paul Klaus, Boele
Heinrich Lutterklas, Brackwede
Joh. Stollenwerk, Call
Herm. Stoffels, Köln-Humboldtkol.
Ritter des eisernen Kreuzes
Michael Hunder, Köln-Ehrenfeld
Wilh. Jnden, Köln-Müngersdorf
Emil Schufried, Danzig
Josef Alfes, Dorstfeld
Cacl Scholz, Dortmund
Conrad Schröders, Duisburg
Wilh. Steckelbach, Duisburg
Joseph Fritzen, Düsseldorf
Wilh. Jungermann, Düsseldorf
Gerhard Hüskens, Essen-Ruhr
Ritter des Eisernen Kreuzes.
Johann Rudolf, Essen-Ruhr
Wilh. Reisenberg, Essen-Ruhr
Johann Breuting, Essen-Ruhr
Johann Labonté, Essen-Ruhr
Joh. Strattner, Fürth
A. Karrass, Gelsenkirchen
Hermann Luckert, Gevelsberg
Joh. Schmidinger, Hagen
Joseph Wanke, Ingolstadt
Paul Zacher, Mannheim
Joseph Jung, Mannheim
Erwin Schirat, Mannheim
Heinrich Altenbach, Monheim
Joseph Bosch, München
Joseph Kreipl, München
Anton Vogel, München
Paul Sagger, München
Wilh. Bits, M.Glabbach
Clemens Löher, Neheim
Cacl Spiekermann, Neheim
Lud. Hoffmann, Neheim-Sundern
Georg Kufner, Nürnberg
Michael Vati, Röhrenbach
Ernst Dabrock, Rönkhausen
Carl Bierkotten, Sölingen
Albert Herkomer, Schw. Gmünd

Es mögen ruhen in Frieden.

Entschliessung

Die im Lokale Kasse zu Menden versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallbetriebe erklären nach Anhörung der Vorträge der Referenten der Metallarbeiterorganisationen folgendes:

1. Die Arbeiterschaft gelobt heute erneut, auch hinter der Front im wirtschaftlichen Schützengraben auszuhalten zu wollen, damit es unseren Feinden nie gelingt, Deutschland zu besetzen. Um dieses aber der Arbeiterschaft zu ermöglichen, ist eine Erhöhung der Löhne (auch der Tagelöhne) unbedingt erforderlich.
2. Es ist sehr zu bedauern, daß in Menden noch Löhne für erwachsene und verheiratete Arbeiter von

3,50 Mark, 3,75 Mark und 4 Mark gezahlt werden. Die Arbeitgeber haben durchweg Heeresaufträge angefertigt und dabei sehr gut verdient, sodaß sie sehr wohl in der Lage wären, die Löhne zu erhöhen.

3. Wenn Arbeiter während des Krieges höhere Löhne wie in Friedenszeiten verdient haben, welches durchaus nicht bestritten werden soll, so ist dieses zumeist nicht auf höhere Aufträge oder Tagelöhne zurückzuführen, sondern auf die intensive Anspannung der Arbeitskräfte und auf die vielen Ueberstunden, die seitens der Arbeiterschaft gemacht werden mußten.

4. Die Arbeiterschaft erkennt, daß die Löhne nur dann erhöht werden können, wenn sich die Arbeiterschaft in der Organisation einen festen Rückhalt geschaffen hat. Sie verspricht deshalb mit allem Nachdruck für die Weiterverbreitung der infrage kommenden Arbeiterorganisationen Sorge zu tragen.

Kollegen von Menden, jetzt liegt es an euch, weiter zu arbeiten. Der letzte Mann muß hinein in die Organisation. Mehr wie 50 Neuaufnahmen konnten wir im Monat Juli verbuchen. Ist jeder bestrebt eine Aufnahme zu machen, dann wird uns der Monat August noch weit mehr neue Mitglieder zuführen. Erst dann sind wir in der Lage, eure Wünsche mit Nachdruck zu vertreten. Deshalb Kollegen, heran an die Unorganisierten, heran an die weiblichen und jugendlichen Arbeiter.

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!
 Versäumt ohne Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 20. August.

Verwaltungsstelle Duisburg, Wilhelm-Oberhausen. Nachmittags 3 Uhr Konferenz sämtlicher Vertrauensleute im Burgader zu Duisburg. Alle zur Mitarbeit bereiten Verbandskollegen haben Zutritt.

Essen-Segeroth. Abends 8 Uhr Versammlung bei Wilmfen, Mittel- und Nordhofstr.-Ecke.

Friemersheim. 1/211 Uhr bei Albert Labusch, Kronprinzen- und Kruppstraßen-Ecke.

Samstag, den 26. August.

Danheim. Abends 8 Uhr bei Pösch, Ehingerstraße. Referent Kollege Hentscheler.

Sonntag, den 27. August.

Schwandorf. 1/4 Uhr bei Köhler, Poststr. 28.

Gudingen. 1/11 Uhr bei Hanapel, Unterstr. 3.

M.-Styrum. 1/8 Uhr abends bei Ritters, Martenstr.

Bruchhausen. 3 Uhr bei Hoffmann, Schulstr. Referent Redakteur Kollege Wieber.

Wir stellen dauernd ein:

Dreher, Bohrer, Fräser, Schleifer, Schlosser

für dauernde Beschäftigung bei hohen Löhnen und Kriegszulage. Unvollständige, bereits vorgeübte Leute, werden auch weiter ausgebildet.

Mannesmann - Mulag
 Motoren- und Lastwagen-Motoren-Gesellschaft Aachen.

Tüchtige

Werkzeug- und Maschinenschlosser sowie Eisendreher

für Werkzeug- und Maschinenteile in dauernde, lohnende Stellung fortgesetzt gesucht.

Schraubenfabrik
 Horststrasse. Essen.

Wir suchen 2-3 tüchtige selbstständig arbeitende

Reparatur-Schlosser

für unsere Werkzeugmacherei zum Instandhalten der Werkzeuge und Maschinen gegen gute Bezahlung und dauernde Stellung. Beschäftigung oder schriftl. Angebote an

Weeks & Co., Oberhausen (Rhd.)
 Alleestraße 15.

Wir suchen für allg. Maschinenbau, Wagenaubau, Schiffbau

Schlosser, Schmiede, Dreher, Fräser, Arbeiter,

bei hohem Verdienst für dauernde Beschäftigung. Günstige wird nach Probezeit vergütet.

Oscar & Koppel
 Arthur Koppel u. Co.
 Bochum.

Kollegen!

Agitiert für den christlichen Metallarbeiter-Verband.

Deutsche

Wachspapiere

und Farben für alle Decoel-Füllungsapparate. Schießpapier, Durchschlag- und Decoel-Füllungspapier.

Echo vom Niederrhein + Duisburg.